

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 199 SONNTAG, 4. April 1937

Aus dem Inhalt:

Der Düsseldorfer Sumpf
Kirchenkampf im Grenzland
Mobilisierung der Landwirtschaft
Furcht vor Wahlen

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

System ohne internationalen Kredit

Die Rolle der deutschen Berufsdiplomaten

In einem seiner letzten Aufsätze hat der verstorbene Austin Chamberlain geschildert, wie die englischen Staatsmänner der Vorkriegszeit einer nach dem anderen zu der Ueberzeugung gelangten, daß mit einer Regierung wie der deutschen unter Bülow und Wilhelm II. jedes Abkommen unmöglich sei. Er schreibt die Hauptverantwortung dafür Bülow zu, der, falsch vom Kopf bis zu den Zehen und geschwollen vor Eitelkeit, die Lage gründlich verkannt habe. Es war indessen nicht nur die Schuld Bülows. Es war ein Systemfehler, und der böse Geist saß überall fest, beim Kaiser wie beim Reichskanzler, im Auswärtigen Amt wie bei den Leitungen von Heer und Marine.

Die englischen Staatsmänner von heute wiederholen die Erfahrungen ihrer Vorgänger von damals. Seit dem Ausbruch des Hitlersystems haben sie manches erlebt, was die Vorgänge von damals bei weitem übertrifft. Sie haben hartnäckig das Ziel verfolgt, zu einem Abkommen mit Deutschland zu gelangen, und sie konnten damit rechnen, daß ein gleicher Wille ihnen von der anderen Seite entgegenkommen würde. Gehörte es nicht zu den ursprünglichen Konzeptionen Hitlers, daß England unbedingt für Deutschland gewonnen werden müßte?

Aber das braune System kann sich ein intimeres deutsch-englisches Verhältnis nicht anders vorstellen als es das wilhelminische System getan hat: Deutschland gnädigst Geschenke entgegennehmend dafür, daß es nicht den wilden Mann in Europa und der Welt spielt. Der böse Geist des wilhelminischen Systems geht auch im Hitlersystem um, und auch hier trägt die Hauptschuld nicht dieser oder jener, sondern es ist der gleiche Systemfehler. Wie damals schon ist es auch heute üblich, mit den besonderen Eigenheiten der unverantwortlichen Spitze die politische Bürokratie zu entschuldigen und sie gewissermaßen als bessere Menschen erscheinen zu lassen. Man sucht heute eifrig nach Zeichen, die auf stärkere Einflußnahme der sogenannten Berufsdiplomaten auf die Politik des Reiches zu deuten wären, und wenn man solche zu erkennen glaubt, so meint man, daß die Berufsdiplomaten auf einen ruhigeren und vor allem vernünftigeren Kurs hinwirken würden. Ein Revirement, das demnächst unter dem diplomatischen Personal des Hitlersystems stattfinden soll, wird so illusionär angedeutet. Daß Herr Luther in Washington durch Herrn Dieckhoff ersetzt werden soll, und daß Herr von Mackensen von Budapest ins Auswärtige Amt in leitender Funktion berufen wird, gibt Anklammerungspunkte für die Hoffnungen jener, die immer noch glauben wollen, daß das System sich aus sich selber heraus zivilisieren würde.

Solcher Glaube tut den Berufsdiplomaten bei weitem zu viel Ehre an. Die Traditionen aller auswärtigen Ämter und ihres Personals wurzeln viel stärker in der ferneren als in der jüngsten Vergangenheit. Das ist ein allgemeiner Krebschaden, und in Deutschland ist er stärker als anderswo. Von einer Tradition der Epoche der Weimarer Republik in der deutschen Berufsdiplomatie ist gar keine Rede, und wo hätte das berufsmäßige Personal, das unter Hitler hervorgetreten ist, gezeigt, daß es aus der Katastrophe der Politik, aus dem Geiste Bülows, Holsteins, Wilhelms und Tirpitz gelernt hätte? Wofür wäre

Herr von Neurath denn Außenminister Hitlers, wenn er nicht dem Geiste der suffisanten lächelnden Katastrophenmacherei eines Bülow, wie überhaupt der kaiserlichen Tradition näher stände als der nüchternen Politik der Weimarer Republik, die sich vom nationalsozialistischen Machtwahn fernhielt?

Ob dieser oder jener Wechsel im Personal erfolgt, das bleibt sich gleich. In der Sache ist bisher die Außenpolitik des Hitlersystems so gemacht worden, als ob sie von gewissenlosen Hasardeuren betrieben worden sei. Sie ist der Politik der wilhelminischen Epoche verzweifelt ähnlich, und der Geist, der sie treibt, ist der gleiche: der Geist amoralischer Gewalt, der Wille zur Vorherrschaft über andere, der Geist des Machtwahns und des Machtkitzels. Das Studium des englischen Blaubuches aus Anlaß der Rheinlandbesetzung sei allen empfohlen, die den Berufsdiplomaten gerne eine ausgleichendere, ehrlichere, würdigere und vernünftigere Rolle zuschreiben möchten als der Spitze des Systems. Die Charaktermaske des absolut friedfertigen Frontkämpfers, die sich die Spitze des Systems für die Zwecke dieser blutigen Hasardpolitik vorgebunden hat, täuscht heute nur noch komplette Narren, die glauben, den bösen Geist mit Gebeten bannen zu können. Aber die Maske der Honorigkeit und der relativen Vernünftigkeit, mit der die deutsche Berufsdiplomatie von denen ausgestattet wird, die immer noch nicht klar sehen wollen, scheint immer noch zu täuschen.

Schließlich haben die Herren deutschen Berufsdiplomaten schon allerhand zu verantworten. Nicht nur die gelungenen Streiche, sondern auch die mißlungenen. In den österreichischen Putsch, der Dollfuß das Leben kostete, war der deutsche Gesandte in Wien verwickelt. Diese Sache war übrigens der spanischen Rebellion gar nicht so unähnlich. In der Steier-

mark wurde heftig gekämpft und ohne die bekannte Brennermobilisierung hätten vielleicht damals schon die Westmächte Gelegenheit zu einem Experiment mit der einseitigen Nicht-Intervention gehabt. Auch in dem neuesten fehlgeschlagenen Putsch in Ungarn war das deutsche diplomatische Personal in Budapest verwickelt, und es ist wahrlich nicht sein Verdienst, daß dies Feuerchen nicht zu einem Brande geworden ist. Die Dokumente, die in Spanien über das Treiben des deutschen diplomatischen Personals aufgefunden worden sind, sprechen ebenfalls eine beredte Sprache. In manchem ist dort und vor allem in Marokko weitergeführt worden, was schon seit 1930, als es noch kein Hitlersystem gab, vorbereitet worden ist. Damals schon hat sich die geheime Politik der Berufsdiplomaten losgelöst vom Geist der Weimarer Republik und hat wieder aufgenommen, was mit dem Kaiserreich beendet schien: die weltpolitischen Treibereien, das Anlegen von Feuerchen an allen Punkten, wo man in näherer oder fernerer Zukunft Brände voraussehen glaubte, die Spekulation auf Friedensstörungen, immer mit dem Hintergedanken, daß man mit solchen Dingen wenigstens einen Schadenswert in den Augen anderer gewinnen und also erpressen könne. Kurzum, alles das, was in der Vorkriegszeit bei englischen Staatsmännern zu der Ueberzeugung geführt hatte, daß man mit einer solchen Regierung kein Abkommen schließen könne.

Man lasse sich durch die größere Nähe der unmittelbaren Vergangenheit nicht die Perspektive verfälschen: Manches, was die deutsche Berufsdiplomatie seit Hitlers Machtantritt mitgemacht hat, hält durchaus den Vergleich mit jener berüchtigten Depesche Zimmermanns aus, die ein Kriegsfeuerchen zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten anzuzünden empfahl, und damit nur den Eintritt Amerikas in den

Krieg gegen Deutschland beschleunigte. Der Geist, aus dem jene Depesche entsprungen war — das ist genau der Geist, der heute in der deutschen Politik umgeht, und wenn er nicht in der Tradition der Berufsdiplomaten weitergelebt hätte, wäre heute das Dritte Reich?

Rache an Frauen und Kindern

Das braune System hat einen Rachefeldzug gegen Frauen und Kinder deutscher oppositioneller Politiker unternommen. Eine neue Ausbürgerungsliste enthält die Namen von 38 Familienangehörigen bereits ausgebürgerter Emigranten. Sie erstreckt sich auf die Familien folgender Sozialdemokraten: Großmann, Hertz, Hirschfeld, Kummer, Neumann, Schuhmacher; und folgender Kommunisten: Dahlem, Leviné, Maslowski, Pieck.

Die jüngste dieser Ausgebürgerten ist acht Jahre alt.

Gentlemen-Agreement

Nach offiziellen Berichten aus dem Dritten Reich hat sich Hitler mit Ludendorff ausgesöhnt. Nach diesen Berichten haben beide miteinander eines der jetzt so beliebten Gentlemen-Agreements getroffen, in dem sie sich gegenseitig Lobspüche machen.

Als sich die beiden das letztmal auf Ehrenwort miteinander verschworen haben, war das Ergebnis das Verbrechen des Novemberputsches von 1923. Der eine ging nach dem Zusammenbruch aufrecht weg, wie er sich nachträglich in Prozessen bestätigen ließ, der andere lag auf dem Bauche und flüchtete in die Villa befreundeter Frauen. Bittere Feindschaft war das Ergebnis. Der eine wurde später zum Hanewurst einer wahninnigen Frau, der andere zum Diktator Deutschlands.

Zu welchem Zwecke begraben sie jetzt das Kriegsbeil? Braucht Hitler einen Generalfeldmarschall neben Blomberg, oder ist eine neue, diesmal internationale Verschwörung fällig?

Mobilisierung der Landwirtschaft

Görings Liebesgaben für den ostpreussischen Großgrundbesitz

Die nationalsozialistische Agrarpolitik hat Bankrott gemacht. Jahr für Jahr hat der Darré seine »Erzeugungsschlacht« geschlagen und das Resultat ist, daß die deutsche landwirtschaftliche Erzeugung heute fast die gleiche ist wie in den letzten Jahren des »schmachvollen Systems«. An der »Nahrungsfreiheit« fehlt noch derselbe Prozentsatz von Futtermitteln und Fett. Nur daß es vor der Herrschaft Hitlers keine Nahrungsmittelknappheit gab, daß die Ernährung von Mensch und Vieh gesichert war. Denn unter dem »System« standen stets die Ausfuhrgegenstände zu normalen Weltmarktpreisen zur Verfügung, gegen die man die notwendigen Agrarprodukte einführen konnte. Dem hat die Kriegswirtschaft der Diktatur ein Ende gemacht.

Ein Ende mit Schrecken? Zu weitgehenden Zwangseingriffen hat das Regime bereits greifen müssen. Die Ablieferungsfristen für Brotgetreide sind verkürzt worden; nachdem noch bis vor kurzem die Aufzucht des Viehs aus »hofeigenem« Futter propagiert worden war, ist jetzt die Verfütterung von Roggen und Weizen zum Landesverrat erklärt worden; die Landwirte müssen ihr Brotgetreide gegen Futtermittel abliefern. Ein schlechtes Geschäft! Denn, sagt Göring selbst in

seiner gleich noch ausführlicher zu erörternden Rede, »mein Aufruf zur Ablieferung von Brotroggen hat zwar den nötigen Widerhall gefunden, jedoch hat er zu volkswirtschaftlich nicht vertretbaren Verlusten bei den Betrieben geführt, die den Roggen abgegeben haben und dafür teure Futtermittel kaufen mußten«. Auch die Opfer der Konsumenten haben nichts genützt, nicht die Beimischung von Kartoffelflocken und Maismehl zum Brot, nicht die höhere Ausmahlung von Weizen und Roggen. Ein Teil der durch die Konfiskation der Auslandswerte erlangten Devisen muß zu umfangreichen Getreidekäufen vornehmlich in den Balkanstaaten verwendet werden. Die Getreidepreise aber sind stark gestiegen, der Absatz auf dem Weltmarkt geht leicht vonstatten, und so sieht sich Deutschland gezwungen, den Balkanstaaten stark verbilligte Exportpreise für die deutschen Industriewaren einzuräumen und für das einzuführende Getreide erhöhte Uebernahmepreise zu bewilligen!

Aber die Kriegswirtschaft bleibt oberstes Gesetz, und den Nationalsozialisten bleibt nichts anderes übrig als auf dem Weg des Unheils fortzuschreiten. »Die dritte Erzeugungsschlacht ist nunmehr in

das Stadium einer Großkampfoffensive getreten«, so erschallt jetzt Darrés neuer Kriegsruf, und Göring verkündet in einer Rede vor den »Bauernführern« am 23. März die »Mobilisierung der Landwirtschaft«.

Es handelt sich in der Tat um einen großen Aufwand, um die Landwirtschaft zu einer Produktionssteigerung zu veranlassen unter dem für die nationalsozialistische Wirtschaft allgemein gültigen Motto: Kostenpunkt Nebensache! Zur Förderung von Landeskulturarbeiten werden 200 Millionen RM für das Jahr 1937, davon 110 Millionen RM als Beihilfen des Reichs und der Länder eingesetzt. Diese Mittel erhöhen sich Jahr für Jahr bis auf 300 Millionen im Jahre 1940. Insgesamt ist also eine Milliarde RM vorgesehen. Weitere Mittel — der Betrag wird nicht angegeben — werden aus dem Reichsetat für die Flurbereinigung bewilligt, ebenso für die Umwandlung von schlechtem Grünland in Ackerland. Die Zuschüsse des Reichs betragen pro Hektar im ersten Jahr durchschnittlich 100 RM, die in dem nächsten Jahre ermäßigt werden. Reichsmittel werden ferner für mittelfristige Kredite bereitgestellt, die für schlechte Betriebe als Betriebsausbau-Kredite verwendet werden

sollen. 44 Millionen RM sollen für den Bau von Werks- und Heuerlingswohnungen eingesetzt werden. Man sieht, es handelt sich um einige, mehrere Hundert Millionen RM.

Damit sind aber die Kosten für die agrarische Zwangswirtschaft nicht im Entferntesten erschöpft. Die Reichsregierung hat soeben den neuen Etat verabschiedet. Irgendwelche Zahlen werden nicht genannt, irgend eine Kontrolle existiert nicht mehr. Nur aus dem »Gesetz über die Haushaltsführung« werden ein paar Angaben gemacht. Danach kann der Reichsfinanzminister folgende Garantien übernehmen: 40 Millionen RM zur Ordnung des Eiermarktes, 360 Millionen RM zur Ordnung des Marktes für Getreide- und Hülsenfrüchte, 12 Millionen RM zur Beschaffung von Betriebskrediten für Flachs- und Hanfösterreich, 100 Millionen RM für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Landeskultur, 30 Millionen RM zur Förderung von Landarbeiterwohnungen und schließlich 75 Millionen zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung. Der größte Teil dieser Garantien dient nicht etwa produktiven Zwecken, sondern der »Marktordnung«, das heißt dem ungeheuer kostspieligen System, das zur zentralen Kontrolle jedes einzelnen Marktvorganges, zur Ablieferung an die Zentralstellen und der Wiederverteilung von diesen aus, für die zunehmenden Eingriffe in die einzelnen Betriebsvorgänge usw. errichtet worden ist. Aber all diese Aufwendungen verschwinden noch gegen die unmittelbaren Kosten — von völlig unbekannter Höhe — der Reichsnährstandsorganisation selbst, die durch die nach der Höhe des Umsatzes erhobenen Zwangsbeträge der Landwirte selbst gedeckt werden. Es ist ein Ausmaß unproduktiver Unkosten, das keine andere Agrarwirtschaft der Welt zu tragen hat.

Dieser Aufwand ist, das bezeugen ja die zunehmenden Ernährungsschwierigkeiten, bisher schmächtig vertan. Auch die bisher aufgeführten Maßnahmen Görings werden daran nicht viel ändern. Nach Investitionen von Milliarden werden auf mehr oder minder geeignetem Boden vielleicht in Jahren etwas höhere Hektarerträge erzielt werden, eine neue unproduktive Verwendung deutscher Produktivkräfte. Die Getreideknappheit ist aber eine akute Sorge und deshalb kündigt Göring auch Maßregeln an, die eine sofortige Steigerung des Rohertages bewirken sollen. Die Preise für Stickstoffdüngemittel werden im Durchschnitt um 30 Prozent gesenkt, die für Kalidüngemittel um 25 Prozent. Die Eisenbahn ermäßigt die Frachtsätze für Düngekalk in einem noch nicht bekanntgegebenen Ausmaß und für Kali um 35 Prozent, so daß die Kaliindustrie nur 20 Prozent der Ermäßigung trägt. Göring hat von den großen Opfern der Stickstoff- und Kaliindustrie gesprochen, aber man kann sicher sein, daß diese Industrien sich an den Kriegslieferungen zu einem großen Teil schadlos halten werden. Die Landwirtschaft bekommt aber nicht nur Preisermäßigungen eines wichtigen Produktionsmittels, sondern auch Preis-erhöhungen für ihre Produkte. Die Preise für Fabrikkartoffeln werden von 17 Pfennige auf 20 Pfennige je Kilogramm erhöht, wobei jeweils am 1. Januar ein Zuschlag von einem weiteren Pfennig hinzukommt. Diese Erhöhung soll »Voraussetzung für die Ausdehnung des Kartoffelanbaus, namentlich im Osten sein. Das Ziel ist, die Flockenproduktion zu vervielfältigen, um so eine weitere Grundlage der Schweinemast zu erreichen«. Die Flockenpreise selbst aber werden aus öffentlichen Mitteln stabil erhalten. Ferner wird der Roggenpreis im Durchschnitt von 8 RM auf 9 RM erhöht. Der Durchschnittsbrotpreis kann aber nicht erhöht werden. Während bisher die Kosten der Roggenpreissteigerung die Mühlen und die Bäcker durch Verringerung des Zwischenhandelsgewinns, und der Konsument in Form der andauernden Qualitätsverschlechterung tragen mußten, soll diesmal die Landwirtschaft selbst herangezogen werden. Die Zuschüsse zur Brotverbilligung, verkündet Göring, werden »aus anderen Einnahmearten der deutschen Landwirtschaft, in erster Linie beim Braugerstenpreis abgeschöpft werden. Es kommt mit hierbei besonders darauf an, die schwachen Schultern des marktfremden und schlechten Bodens des Ostens auf Kosten der Landwirtschaft Westdeutschlands zu entlasten«.

Die Arbeiter kommen zuletzt

Erst aber andere — dann »Überprüfung« der Löhne

Der sogenannte Arbeitsminister Seidte hat lange geschwiegen — man mußte fast glauben, er schämte sich wegen des Verrats, den er an seinem »Stahlhelm« begangen hat — jetzt aber meldet er sich im »Völkischen Beobachter« ganz schamlos zum Wort, um das von Hitler-Göring erlassene Verbot von Lohnsteigerungen zu rechtfertigen. Wörtlich erklärt er:

»Die deutsche Arbeiterschaft darf sicher sein, daß die Reichsregierung, insbesondere der Beauftragte des Führers für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generaloberst Göring, wie bisher der Frage der Preisbildung ihre besondere Aufmerksamkeit schenkt und keine

Preissteigerungen

zuläßt, die nicht unbedingt im Interesse des Wiederaufbaues und der Unabhängigkeit vom Ausland notwendig sind. Wie ich bereits sagte, kann zurzeit eine Erhöhung des Lohnniveaus aus den überragenden Ideen des Gesamtaufbaues nicht zugelassen werden. Sobald aber einmal unsere großen nationalen Aufgaben erfüllt sein werden, wird die Reichsregierung sofort bereit sein, die Löhne nachzuprüfen.«

Also Preissteigerungen werden grundsätzlich nicht ausgeschlossen — sie finden in Wirklichkeit auch dauernd statt — wohl aber Lohnsteigerungen. Eben erst hat Göring den Landwirten die Kartoffel- und Roggenpreise erhöht, womit er sie allerdings nicht glücklich machen wird, den Arbeitern aber wird zugemutet, das fortgesetzte Sinken des Reallohnes, das mit dem Steigen der Preise bei gleichbleibenden Nominallöhnen verbunden ist, geduldig zu ertragen. Erst wenn die großen nationalen Aufgaben erfüllt sein werden, soll nachgeprüft werden. Wann aber wird das sein? Wenn die Aufrüstung fertig ist? Sie wird es nie! Oder bis Hitler seinen Krieg gewonnen haben wird? Wenn er ihn verliert, was dann?

Die Unternehmer verdienen dick. Für die Arbeiter bleibt nichts als die Vertröstung auf den St. Nimmerleinstag.

Hitlers »Kriegskinder«

Die deutsche Zahnheilkunde zum »Vierjahresplan« Görings.

Eine sehr umfangreiche Untersuchung des Zahnärztlichen Universitätsinstitutes in Breslau spricht, wie die Berliner »Umschau« meldet, von außerordentlich stark gehäuften Fällen von Zahnkaries (Zahnfäule), die jetzt in Deutschland bei ganz kleinen oder eben schulpflichtigen Kindern auftritt und alle Zahlen früherer Jahre frappaant hinter sich läßt! Nach Angaben des Leiters des Institutes, Dr. Urban, der insgesamt rund 1200 Kinder im Alter von sieben Monaten bis zu sechs Jahren ob der Endemie untersuchte, waren von den untersuchten Aderthalb- bis Dreijährigen noch nicht einmal die Hälfte frei von Zahnfäule — ein medizinischer Sachverhalt, der selbstverständlich ganz wesentlich die künftige Konstitution des herangewachsenen Menschen beeinflussen muß!

Herr Dr. Urban ist auch den Ursachen der beobachteten Erscheinung nachgegangen. Er erblickt sie ausschließlich in der für die proletarischen Menschen in Deutschland heute gegebenen Ernährungslage. Während sich nämlich die Erkrankung an Kindern solcher Mütter, die sich noch viel Gemüse und Obst als vitaminreichste Nahrungsmittel lei-

sten können, kaum in diesem Umfang zeigt, sind die Kinder der Frauen, die, wie Urban sagt, »auf Suppen, Brot und Wurst hauptsächlich« angewiesen sind, fast alle befallen. Nun ist das allerdings eine ganz verräterische Angelegenheit des Hitlerschen Wirtschaftskrieges mitten im Weltfrieden und des Göringschen Vierjahresplans im besonderen! Gemüse, die ohne Fette bereitet werden müssen, schmecken nicht. Also kann sich nur noch der Begüterte heute in Deutschland auch nur ein richtiges Sauerkrautgericht leisten. Obst aber — nun ja, wenn die deutschen Äpfel oder Birnen an sich schon nicht langen, konnte man früher wenigstens zur billigen ausländischen Banane, zur wohlfeilen Apfelsine, zur Traube aus Südtirol greifen. Aber da seien heute Göring und die Devisen vor!

Totale Bürokratie

Ueber die Durchdringung der höheren preußischen Bürokratie durch die NSDAP macht der Leiter der Personalabteilung im Reichsinnenministerium, Dr. Schlütze, folgende Angaben:

Die zwölf Oberpräsidentenstellen sind restlos mit Nationalsozialisten besetzt. Von 34 Regierungspräsidenten sind seit 1933 31 ausgewechselt worden, diese 31 Stellen sind mit Nationalsozialisten besetzt worden. Von 361 Landräten gehören 344 der NSDAP an. Seit 1933 sind 293 Regierungsreferendare angestellt worden, die zu 99 Prozent der NSDAP angehören, zu 66 Prozent seit der Zeit von 1925 bis 1933 schon zur NSDAP gehörten. Dieser Nachwuchs — so schließt Schlütze — gebe die Möglichkeit, bei Stellenbesetzungen wieder das Fachbeamtenprinzip zur Geltung gelangen zu lassen.

Der »Fachbeamte« mit vorschrittmaßiger Gesinnung heißt das.

Juden im KZ

Briefsperre wegen Greuelnachrichten.

»Manchester Guardian« veröffentlicht einen Brief, den die Mutter eines jüdischen Gefangenen jüngst von ihrem Sohn erhalten hat. Der Brief besagt, ins Deutsche rückübersetzt, folgendes:

»Entlassene jüdische Schutzhäftlinge haben die menschliche Behandlung, die sie im Lager erfuhren, schlecht gedankt, indem sie im Ausland über das Lager Greuelnachrichten verbreiteten. Die Blätter, die diese von jüdischen Emigranten behaupteten Unwahrheiten veröffentlichten, waren ausgesprochene Judenblätter. Der Lagerkommandant hat darum zunächst allen Juden verboten, Briefe abzuschicken oder zu empfangen. Dies teile ich Dir im Auftrage des Kommandanten mit und bitte Dich, solange Du keine andere Mitteilung erhältst, mir keine Briefe mehr zu schicken.«

Göbbels Auslandspropaganda

Der Nachrichtendienst der deutschen Bekleidungsindustrie, Berlin W. 62, Kiolganstraße 1, verbreitet folgendes Rundschreiben: Betr.: Rede des Reichsleiters Dr. Göbbels auf dem Parteitag Nürnberg 1936.

Die Außenhandelsstelle hat die große Rede des Reichsministers Dr. Göbbels über

Bolschewismus in Theorie und Praxis im Druck in folgenden Sprachen erscheinen lassen:

deutsch	ungarisch	isländisch
englisch	bulgarisch	finnisch
französisch	griechisch	polnisch
portugiesisch	holländisch	jugoslawisch
brazilianisch	schwedisch	rumänisch
italienisch	norwegisch	

Die Broschüre wird zur Weiterleitung an geeignete ausländische Geschäftsfreunde kostenlos zur Verfügung gestellt.

Interessenten wollen die gewünschte Zahl bis zum 15. d. M. bei uns bestellen. c

Man gewinnt hier Einblick in die Methoden der braunen Propaganda. Kann man sich übrigens wundern, wenn die Geschäfte immer schlechter gehen, wenn ausländische Geschäftsfreunde statt barer Zahlung Göbbelschen Blödsinn erhalten?

Christus ähnlich wie Hitler

Wie das »Evangelische Kirchenblatt« für Württemberg berichtet, hat der einstige Reichshofkaplan und enge Mitarbeiter des Reichsbischofs Ludwig Müller, D. Engelke, eine Vortragsreise durch Württemberg übernommen, um in zahlreichen Ortgruppen der Volkskirchenbewegung »Deutsche Christen« zu sprechen. Aufschlußreich waren seine Äußerungen in einem Gespräch. Er führte hierbei u. a. aus: Christus sei nicht Gottes Sohn in massiv-biblischem Sinn, Gott habe sich in ihm ähnlich wie in Adolf Hitler uns geoffenbart.

Marxismus

»Es entspräche marxistischer Denkungsart, wollte man dem Bessergestellten sagen: es interessiert uns nicht, woher du das Geld für die Erziehung deiner Kinder nimmst, denn der Arbeiter hat es ja auch nicht.... Der Marxismus predigte den Klassenkampf, indem er jeden Besitz, jedes höhere Einkommen, jede Bildung und jedes Bildungsbedürfnis als unmoralisch hinstellte.«

(Schwarzes Korps.)

Brauner Justizterror

Im Dezember wurde in Berlin die Frau des früheren Vorsitzenden des ADGB, des Genossen Leipart, verhaftet, weil sie einem Sammler der Nazi-Winterhilfe gesagt hatte: »Wie kann ich etwas geben, da man mir die Möglichkeit zum Arbeiten genommen hat.«

Für diesen unbestreitbaren wahrheitsgemäßen Satz ist Frau Leipart zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden!

Kriegsvorbereitungen. Aus dem westlichen Industriegebiet erfahren wir: Im gesamten Westen bekommen alle Frauen, die jemals im Leben, besonders in den Betrieben, gearbeitet haben, ein Arbeitsbuch (Arbeitspaß). Man sagt, daß das für den Fall des Krieges notwendig sei. Untersuchungen von Frauen auf ihre Verwendbarkeit haben bis jetzt nicht stattgefunden. Alle Jungen über 14 Jahre dürfen nicht mehr über die Grenze, ohne ausdrücklich die Genehmigung dazu eingeholt zu haben. Hitlerjugend überhaupt nicht mehr. Es sei denn, der Kreisleiter hat seine Einwilligung dazu gegeben.

Aber auch der Bauer wird immer mehr in die Fesseln der Zwangswirtschaft geschlagen. Während bisher die Behörden, resp. die Bonzen des Reichsnährstandes, nur bei Erbhöfen Maßnahmen zur Erzwangung der Bewirtschaftung ergreifen konnten, verfügt jetzt Göring den Wirtschaftszwang für alle Betriebe. Die Behörde kann den Landwirt zu einer bestimmten Art der Wirtschaftsführung auffordern, sie kann die Wirtschaftsüberwachung durch einen Vertrauensmann anordnen, die Wirtschaftsführung einem Treuhänder übertragen oder aber den »Nutzungsberechtigten«, wie jetzt der einstige Eigentümer bezeichnenderweise tituliert wird, verpflichten, den Betrieb pachtweise einer anderen Person zu überlassen. Die deutschen Bauern, die Hitler zugejubelt haben, weil er sie von den »Feinden des Eigentums« zu befreien versprach, begreifen zu spät, was es mit ihrem Eigentum in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft für seltsame Bewandnis hat, da es nun zum Instrument geworden ist, sie in rechtlose Staatsklaven zu verwandeln.

